

HEUTE IN DER TAZ



WELTKINO „Le passé“ mit Bérénice Bejo zeigt das multi-nationale Paris > SEITE 15

JUNGSCHREIBER Wer Gegenwartsliteratur für so konformistisch wie nie hält, hat sie nicht verstanden, sagt Dirk Knipphals > SEITE 12

NEUE HEIMAT Neukölln bekommt sein erstes Asylbewerberheim > SEITE 22

Foto: C. Alvarez/Getty

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten ist entsetzt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer mit Höchstspannung erwarteten und die ganze Welt elektrisierenden historischen Regierungserklärung angekündigt: „Im Zweifel handeln wir für den Menschen.“ Was?! Die Regierung handelt also künftig nicht mehr im Zweifel für den Maschinenraum, den Mähdscher, die Kaffeemaschine und den Rauhaardackel? Und vor allem, fragt verboten, im Zweifel immer an sich selbst denkend: Was wird jetzt aus

verboten?

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 13.399 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
 fax 030 | 25 90 26 80
 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
 fax 030 | 25 1 06 94
 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0
 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
 Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
 twitter.com/tazgezwitscher
 facebook.com/taz.kommune

Die Krise zieht um

FINANZMÄRKTE Während sich die Lage in der Eurozone etwas beruhigt, fallen die Währungen der boomenden Schwellenländer. Die Türkei verdoppelt ihren Leitzins, doch die Angst vor dem Crash bleibt > Seite 3



Die Nachfrage nach Immobilien in Istanbul ist gewaltig. Die Preise explodieren, der Bauboom gilt als Symbol für das starke Wirtschaftswachstum des Landes. Doch die Türkei exportiert zu wenig und importiert zu viel. Die Schulden im Land wachsen, ausländische Investoren ziehen ihr Geld ab Foto: Nick Hannes/Reporters/laif

KOMMENTAR VON JÜRGEN GOTTSCHLICH ÜBER DAS ENDE DES TÜRKISCHEN WIRTSCHAFTSBOOMS

Erdogans Abstieg

Trotz aller Diffamierungskampagnen bahnt sich die türkische Wirtschaft ihren Weg auf solide und unverwüsthliche Weise“, sagte Ministerpräsident Tayyip Erdogan auf Hochtouren. In Ankara spricht man bereits hinter den Kulissen über Erdogans „Flucht“ in die Präsidentschaft. Man sieht ihn nicht mehr als starken Präsidenten mit exekutiven Befugnissen, sondern als einen Mann, dem das Präsidentenamt Schutz vor Korruptionsklagen bieten soll.

Die Wirtschaftskrise ist nach den Gezi-Protesten im letzten Sommer und der Korruptionsaffäre im Dezember nun der dritte Schlag für den bis dahin mächtigsten Ministerpräsidenten, den die Türkei

je hatte. Dabei dürfte die Wirtschaft das größte Problem Erdogans bei den anstehenden Wahlen in diesem Jahr werden. Denn der Wirtschaftsboom war bisher sein bestes Argument und der Hauptgrund, warum er mit jeder Wahl mehr Stimmen erhielt. Damit ist es vorbei.

Der türkischen Gesellschaft kann ein Abgang Erdogans nur guttun. Denn der aberwitzige Konfrontationskurs seit den

Gezi-Protesten ist mehr der persönlichen Hybris von Erdogan geschuldet als seiner Partei. Nicht nur die Kritiker der Regierung, auch viele Funktionäre innerhalb der AKP wollen statt Konfrontation einen gesellschaftlichen Kompromiss. Deshalb ist Staatspräsident Abdullah Gül mittlerweile so beliebt. Viele hoffen darauf, dass er die Gesellschaft wieder befrieden kann. Spätestens wenn Erdogan bei den Kommunalwahlen im März die Metropolen Istanbul und Ankara verliert, wird die AKP versuchen, ihn loszuwerden, und dann wieder moderater werden. Das Wirtschaftsproblem aber wird bleiben.

Der Wirtschaftsboom war Erdogans bestes Argument. Es zieht nicht mehr

Merkel zum Dritten

REGIERUNGSERKLÄRUNG Kanzlerin lobt soziale Marktwirtschaft und ärgert sich über NSA-Spitzelei. Opposition beklagt „Unterwürfigkeit“ und Energiepolitik

BERLIN *afp* | Soziale Marktwirtschaft und Energiewende: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat am Mittwoch in der ersten Regierungserklärung ihrer dritten Amtszeit für die Kernthemen und Vorhaben der Großen Koalition geworben.

Merkel ging in ihrer Rede, die sie wegen ihres Skiunfalls im Sitzen hielt, unter anderem auch

auf die NSA-Spähaffäre ein: Es könne nicht richtig sein, dass „unsere engsten Partner wie die USA und Großbritannien sich Zugang zu allen denkbaren Daten“ mit der Begründung verschaffen, dies diene der eigenen und auch der deutschen Sicherheit. Ein Vorgehen, bei dem „alles, was technisch möglich ist, auch gemacht wird“, verletze Ver-

trauen und säe Misstrauen, sagte die Kanzlerin. Die Opposition reagierte mit scharfen verbalen Angriffen. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi warf Merkel „Unterwürfigkeit gegenüber den USA“ vor. „Warum weisen Sie nicht Leute aus, die Spionage betreiben haben?“

> Schwerpunkt SEITE 4
> Meinung + Diskussion SEITE 12

Obama zahlt 10,10 \$

USA Gegen Widerstand der Republikaner: Regierung will Mindestlohn bei Staatsaufträgen verordnen

WASHINGTON *epd* | Präsident Barack Obama will stärker gegen wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in den USA vorgehen. „Zu viele Amerikaner arbeiten mehr als jemals zuvor, nur um über die Runden zu kommen“, sagte Obama am Dienstag in Washington in seiner Rede zur Lage der Nation. Per Dekret will er den Mindestlohn von Arbei-

tern, die bei Firmen mit staatlichen Aufträgen beschäftigt sind, auf 10,10 Dollar aufstocken. Schon letztes Jahr hatte er höhere Mindestlöhne für alle gefordert, war aber am Widerstand der Republikanischen Partei gescheitert, die im Repräsentantenhaus die Mehrheit stellt.

> Der Tag SEITE 2
> Meinung + Diskussion SEITE 12



PORTRAIT



Gigi Chao kämpft auf konfuzianische Art mit ihrem Vater Foto: dpa

Tochter Lesbe – Vater Gigolo

Wie bittet eine Frau ihren Vater unmissverständlich darum, endlich ihre lesbische Liebe zu akzeptieren? Die Hongkongerin Gigi Chao wählte dazu einen ungewöhnlich öffentlichen Weg, um die ebenso aufsehenerregende Art ihres schwerreichen Vaters zu kontern. Denn Cecil Chao Sze-tung hatte vergangene Woche eine von ihm schon vor einiger Zeit gebotene „Mitgift“ für den Mann, der seine Tochter heiratet, auf eine Milliarde Hongkong-Dollar (90 Millionen Euro) verdoppelt.

Die vom Verhalten ihres Vaters genervte 33-jährige Tochter bekannte sich jetzt in einem offenen Appell, den Hongkongs *South China Morning Post* veröffentlichte, zu ihrer Ehepartnerin Sean Eav und forderte ihren Vater dazu auf, sie nicht länger als Single zu sehen.

„Ich weiß, dass es schwer für dich zu verstehen ist, wie romantisch ich mich zu einer Frau hingezogen fühle“, schrieb Gigi Chao ihrem Vater, einem Immobilien-tycoon. Der inzwischen 77-jährige Frauenheld, der sich öffentlich damit gerühmt hatte, mit 10.000 Frauen geschlafen zu haben, war nie verheiratet und hat drei Kinder aus drei Beziehungen. Kritik an ihm äußert Tochter Gigi in ihrem Appell aber nicht. Im Gegenteil. Getreu der in China verbreiteten konfuzianischen Lehre, die Respekt vor den Eltern einfordert, lobt sie ihren Vater als „scharfsinnig, energievoll, wohlherzogen und hart arbeitend“. Er sei ein „Vorbild in Geschäftsangelegenheiten“. Sie nimmt selbst Schuld auf sich: „Es tut mir leid, dazu beigetragen zu haben, dass du denkst, ich sei nur lesbisch, weil es in Hongkong an passenden Männern mangelt. Davon gibt es viele, sie sind aber nichts für mich.“

Cecil Chao hatte noch jüngst darauf bestanden, seine Tochter sei Single und jung genug, um ihre sexuelle Orientierung zu ändern. 2012 hatte sie in Frankreich ihre Partnerin geheiratet. Hongkong selbst hat keine Homo-Ehe. Versuche, ihre Frau dem Vater vorzustellen, ließ dieser platzen. Seine Mitgiftangebote lösten hässliche Internetkommentare aus, doch Tochter Gigi blieb konfuzianisch loyal: „Daddy hat die Online-Kommentare nicht gesehen, die ihn für verrückt erklären. Aber als seine Tochter sollte ich ihn verteidigen.“

SVEN HANSEN

taz.blog

J.w.d.

Imma Harms von ganz weit draußen, dem Dorf Reichenow in Märkisch-Oderland, wo das Leben so bedeutungsvoll ist wie in der Stadt, bloß alles kleiner, langsamer, persönlicher und konkreter blogs.taz.de/jottwehdeh

NACHRICHTEN

REAKTION AUF SKANDAL

ADAC kündigt grundlegende Reformen an

MÜNCHEN | Der ADAC kommt nicht aus den Schlagzeilen und will sich deshalb jetzt ganz neu aufstellen. „Wir glauben, dass wir nur durch eine grundlegende Reform die aktuellen Schwachstellen beheben können“, erklärte ADAC-Präsident Peter Meyer gestern. Unabhängige Fachleute sollten die Neuausrichtung mitgestalten. Nach dem Skandal um Manipulationen bei der Wahl zum „Lieblingsauto der Deutschen“ waren in den letzten Tagen immer weitere Ungereimtheiten bekanntgeworden.

Die Struktur des Clubs und seiner wirtschaftlichen Aktivität

ten will Meyer nun überprüfen lassen. Die Mitglieder sollen mehr eingebunden werden. In einer außerordentlichen Hauptversammlung, der ersten seit 66 Jahren, soll die Neuausrichtung beschlossen werden. Das Präsidium sei „überzeugt, dass nur ein umfassendes Maßnahmenpaket die Glaubwürdigkeit des ADAC wiederherstellen“ könne. Nach einer Forsa-Umfrage für den *Stern* haben 46 Prozent der Deutschen eher geringes (29) oder sehr geringes Vertrauen (17) in den ADAC. Hingegen äußerten 44 Prozent eher großes (33) oder sehr großes (11) Vertrauen. (dpa)

UN-WELTBILDUNGSBERICHT

250 Millionen Kinder sind Analphabeten

ADDIS ABEBA | Die Weltgemeinschaft hinkt laut dem neuen Unesco-Weltbildungsbericht dem Millenniumsentwicklungsziel, bis 2015 eine Primärschulbildung für alle Kinder zu erreichen, deutlich hinterher. Weiterhin können 250 Millionen Kinder weltweit weder lesen, schreiben noch rechnen, obwohl viele mehrere Jahre eine Schule besucht haben. Etwa 57 Millionen Kinder haben überhaupt keinen Zugang zu Schulbildung. Besonders betroffen von der Lernkrise ist Sub-Sahara-Afrika. (dpa)

DIE TAZ IM SOZIALEN NETZ:

taz.de/twitter
taz.de/facebook
taz.de/googleplus
taz.de/youtube
taz.de/vimeo

Folgen Liken Klicken

www.taz.de

FRIEDENSNOBELPREIS

Edward Snowden nominiert

OSLO | Der US-Enthüller Edward Snowden ist für den Friedensnobelpreis nominiert worden. Zwei Politiker der Sozialistischen Linkspartei (SV) haben den ehemaligen NSA-Mitarbeiter gestern offiziell vorgeschlagen. Auf der Webseite der Partei heißt es zur Begründung: „Die öffentliche Debatte und die politischen Veränderungen, die auf seine Enthüllungen folgten, haben zu einer stabileren und friedlicheren Weltordnung beigetragen.“ Der Friedensnobelpreis wird am 10. Dezember verliehen. (dpa)

Sag mir, wo der „Change“ ist

GUTE VORSÄTZE US-Präsident Barack Obama kündigt bei seiner Rede an die Nation für 2014 ein Jahr des Handelns an. Aber durchsetzen kann er wohl höchstens sachte Korrekturen

AUS WASHINGTON
DOROTHEA HAHN

Es war seine fünfte „Rede zur Lage der Nation“. US-Präsident Barack Obama, der mit dem Slogan „Change“ angetreten war, stellte keine großen Reformprojekte mehr vor. Stattdessen beschrieb er die Erfolge seiner bisherigen Politik, kritisierte aber auch die wachsende soziale Ungleichheit und übte da, wo er Bedarf an politischen Korrekturen sieht, zaghafte Kritik an der Blockadepolitik des US-Kongresses. Obama kündigte an, dass er verstärkt von Rechtsverordnungen Gebrauch machen will, um unabhängig vom republikanisch dominierten Repräsentantenhaus agieren zu können. 2014 werde „ein Jahr des Handelns“.

Die meisten Aktionen, die der US-Präsident ankündigt, bewegen sich im innen- und sozialpolitischen Bereich. Und einige davon sind nicht neu. Er will eine Anhebung des Mindestlohns von bislang 7,25 auf 10,10 Dollar die Stunde, kann das aber wohl nur für Angestellte, die für Bundesbehörden arbeiten, per Dekret durchsetzen. Obama will mehr Steuergerechtigkeit für Niedriglohnverdiener, mehr Weiterbildung am Arbeitsplatz und eine Verbesserung der Qualität von Vorschule und Schule.

Wie schon bei früheren Gelegenheiten, kündigt er an, dass er das Gefangenenerlager in Guantá-

namo vor Jahresende schließen, dass er den Schusswaffenhandel stärker kontrollieren und dass er die zerrüttete Einwanderungspolitik reformieren will.

Die Gesundheitsreform, die zentrale Reform seiner ersten Amtszeit, erwähnt der US-Präsident erst nach 40 Minuten. Zur technisch komplizierten Onlineanmeldung für die Krankenversicherung sagt er gar nichts. Und die bislang mehr als 40 Versuche der republikanischen Mehrheit

„Ich erwarte nicht, dass ich meine republikanischen Freunde überzeugen kann“

REALIST BARACK OBAMA

im Repräsentantenhaus, die Reform zu kippen, versucht er witzelnd zu entkräften. Sagt: „Ich erwarte nicht, dass ich meine republikanischen Freunde überzeugen kann.“ Stattdessen richtet er sich direkt an die Bürger und fordert sie auf, so bald und so zahlreich wie möglich neue Versicherungen abzuschließen.

In der Energiepolitik verweist Obama stolz auf den rasanten Anstieg der heimischen Gas- und Ölproduktion, dank derer die USA inzwischen weniger Mineralölprodukte importieren, als sie selber herstellen. Er rechtfertigt die Intensivierung der Gas-

Produktion, die vor allem mit der umstrittenen Fracking-Methode geschieht, sowie den Ausbau sämtlicher Energiequellen: von fossilen bis hin zu erneuerbaren.

Die Außenpolitik kommt erst nach einer Dreiviertelstunde zur Sprache. Am Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bis Ende dieses Jahres will Obama festhalten. Auch wenn dann noch kleinere Kontingente dort bleiben.

Das Zustandekommen der Syrien-Gespräche in Genf betrachtet Obama als Erfolg der „amerikanischen Diplomatie und der Drohung mit Gewalt im Hintergrund“. Und die Verhandlungen mit dem Iran interpretiert er als Erfolg der „amerikanischen Diplomatie mit der Drohung von Druck im Hintergrund“. Für den Fall, dass der US-Kongress eine Verschärfung der Iran-Sanktionen verabschiedet, solange die Verhandlungen laufen, kündigt Obama sein Veto an.

In Sachen Terrorismus scheint Obama seine Wortwahl überdacht zu haben. Im Januar 2013 hatte er gesagt, al-Qaida sei „auf der Flucht“ und Bin Laden tot. 2014 stellt er fest: „Die terroristische Bedrohung hält an.“ Und verweist auf Syrien, Jemen, Somalia, Irak und Mali.

Wie jedes Jahr hat die First Lady mehrere handverlesene Gäste mitgebracht, deren Lebensgeschichten exemplarisch für die Themen stehen, die der Präsident anspricht: die erste Frau an

der Spitze des größten Autokonzerns der USA. Der Sohn von Einwanderern, der als Zehnjähriger in die USA kam, ohne ein Wort Englisch zu sprechen, und demnächst auf die Universität geht. Und die Frau, die erst seit Jahresanfang eine Krankenversicherung hat und sich wenige Tage danach einer schweren Operation unterzog, die sie ohne die Gesundheitsreform finanziell in den Ruin getrieben hätte.

Wichtigster Besucher ist der 30-jährige Cory Remsburg. Der Soldat, der schwer verletzt aus Afghanistan zurückkam, verhilft dem Präsidenten zu dem längsten- und parteiübergreifenden Applaus. Obama beschreibt den Weg des Soldaten, seine Bereitschaft, das Beste aufzubieten, als Vorbild für die USA.

Während der Rede sitzen Obamas Vize Joe Biden und der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, John Boehner, hinter dem Präsidenten. Biden feixt zur Unterstützung des Präsidenten. Boehner dreht immer wieder Däumchen.

Als Obama fertig ist, darf die Opposition – so will es das Ritual – antworten. Anders als früher kann die vielfach gesplante republikanische Partei jedoch nicht mit einer Stimme sprechen. Stattdessen tragen drei verschiedenen RednerInnen ihre jeweils unterschiedliche Kritik am US-Präsidenten vor. Meinung + Diskussion SEITE 12

Appell, Applaus und aus

QUANTÁNAMO Obama will das Folterlager endlich schließen. Wieder mal

BERLIN taz | Es war nur ein Satz in der Rede von Barack Obama, wenn auch ein langer: „Und mit dem Ende des Afghanistankrieges muss dies auch das Jahr sein, in dem der Kongress die letzten Hürden für die Gefangenenerstellungen aufhebt und wir das Gefängnis in Guantánamo schließen“, sagte der US-Präsident am Dienstagabend. Das Protokoll verzeichnet Applaus.

Nach vielen Ankündigungen, das Anfang 2002 innerhalb der US-Militärbasis auf Kuba eröffnete Gefangenenerlager zu schließen, ist diese neueste Wendung jedoch sehr halbherzig. Obama weiß, dass er mit dem Versuch, diejenigen Gefangenen, denen in den USA überhaupt der Prozess gemacht werden soll, aufs US-Festland zu verlegen, am Widerstand der Republikaner, aber auch vieler Demokraten scheitert. Auch ein neuer Appell Obamas wird daran wenig ändern.

Seit einigen Monaten versuchen die USA, zumindest jene Gefangenen loszuwerden, die schon seit Jahren eigentlich zur Freilassung anstehen. Ihnen wird nichts vorgeworfen, auch die Geheimdienste halten sie nicht für eine Bedrohung der USA. Aber weil sie aus Ländern kommen, in die die USA entweder aus eigenen Sicherheitsbedenken oder aus Sorge um die Sicherheit der Gefangenen niemanden überstellt, sitzen sie noch immer in Guantánamo. Das galt lange für die Gruppe der chinesischen Uiguren, es gilt noch immer für eine große Gruppe von Jemeniten.

Immer wieder hatten die Behörden die eigentlich regelmäßig vorgesehenen Überprüfungsanhörungen der Gefangenen verschoben. Jetzt haben sie endlich begonnen, und tatsächlich empfahl Anfang Januar die zuständige Militärkommission, nunmehr auch Gefangene nach Jemen zu überstellen.

Es könnte sein, dass in einigen Monaten nur noch Gefangene in Guantánamo einsitzen, gegen die im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September 2001 Verfahren laufen. Deren Überstellung aufs US-Festland wird Obama kaum durchsetzen können – die Forderung ist in beiden Parteien und der Öffentlichkeit unpopulär. Die Militärverfahren gegen zum Teil jahrelang gefolterte Gefangene aber dürften sich noch hinziehen. Die Vermutung liegt nahe, dass Guantánamo auch 2015 noch ein Lager sein wird.

BERND PICKERT



Gute Mienen: Barack Obama (unten links) begrüßt Republikaner-Chef John Boehner (oben rechts), der fast alle Pläne des Präsidenten ablehnt Foto: dpa



Die Finanzkrise zieht um

Anleger ziehen ihr geparktes Kapital aus den Schwellenländern ab und befördern den wirtschaftlichen Niedergang der Staaten



Das Ende des türkischen Wirtschaftswunders

REALWIRTSCHAFT Die Zentralbank versucht den Abstieg der Türkei mit höheren Zinsen zu stoppen, Präsident Erdogan sieht Verschwörer

AUS ISTANBUL
JÜRGEN GOTTSCHLICH

Die Nacht von Dienstag auf Mittwoch markiert das vorläufige Ende des Wirtschaftswunders am Bosphorus. Bis nach Mitternacht tagte der Vorstand der türkischen Zentralbank, um eine schwierige Entscheidung zu fällen. Wie können sie den Währungsverfall der Lira stoppen? Die Zentralbank entschied sich für höhere Leitzinsen. Von 4,5 Prozent auf 10 Prozent steigen die Leitzinsen. Die Übernachtszinsen, für die sich Banken von der Zentralbank Geld leihen, steigen von 7,75 auf 12 Prozent.

Finanzexperten hatten mit einer Zinserhöhung gerechnet, aber nicht mit einer so drastischen. „Schwere Zeiten erfordern drastische Maßnahmen“, sagte Analyst Gennadiy Goldberg vom Finanzhaus TD Securities. Tatsächlich zeigte der Zinsschritt am Mittwochmorgen bereits Ergebnisse. Von den knapp 30 Prozent, die die türkische Lira in den letzten zehn Monaten gegenüber dem Dollar verloren hat, machte sie auf einen Schlag fast 10 Prozent wieder gut.

Monatelang hatte sich die Zentralbank gegen eine Zinserhöhung gestemmt. Denn höhere Zinsen verteuern Kredite für Unternehmer und Konsumenten und drücken das abgeschwächte Wirtschaftswachstum der Türkei weiter in den Keller. Zehn Jahre punktete die Türkei mit einem Wirtschaftswachstum von 6,5 bis 10 Prozent pro Jahr. 2013 war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts schon unter 4 Prozent gefallen, eine Erholung ist nach der Zinserhöhung nicht in Sicht.

Auf Druck der Regierung hatte die Zentralbank 2013 öfter versucht, den Wertverfall der Lira durch Stützungskäufe aufzuhalten. Mehr als 10 Milliarden Dollar verpulverte sie, ohne den Fall der Lira zu bremsen. Neben den globalen Ursachen (siehe unten) sind dafür hausgemachte Probleme verantwortlich.

Der Niedergang begann im Sommer mit den Reaktionen der Regierung auf die landesweiten Proteste nach den Demonstrationen um den Istanbul Gezipark. Statt auf die Kritiker seiner Politik zuzugehen, ließ Erdogan die Polizei härter zuschlagen und provozierte eine landesweite Solidarisierung.

Erdogan machte eine internationale Verschwörung hinter den Protesten aus, deren Ziel es sei, den ökonomischen Erfolg der Türkei zu untergraben. Als er gegen die „internationale Zinslob-

by“ wettete, die im Hintergrund die Fäden ziehe, fassten sich viele ausländische Anleger an den Kopf und begannen, ihr Kapital aus der Türkei abzuziehen.

Dieser Trend beschleunigte sich im Dezember. Erdogan reagierte nach der Aufdeckung massiver Korruptionsfälle in seinem Umfeld erneut mit einer Verschwörungstheorie. Dieses Mal waren es Mitglieder einer islamischen Sekte, die in Justiz und Polizei einen Parallelstaat aufgebaut haben sollen, der nun, wiederum im Verein mit ausländischen Mächten, ihn zu Fall bringen will. Mit seiner Kampagne gegen die türkische Justiz stellte Erdogan die Rechtssicherheit der Türkei infrage. Als der türkische Unternehmerverband das kritisierte, wurde er von Erdogan als „Hort von Verrätern“ denunziert. Der Kapitalabfluss beschleunigte sich.

Die Türkei ist auf die Dollars ausländischer Anleger angewiesen. Zum einen, um den Bauboom zu finanzieren, zum anderen, um das wachsende Außenhandelsdefizit auszugleichen. Sichtbarster Ausdruck des Wirtschaftsbooms waren bislang die Tag und Nacht kreisenden Baukräne, mit denen die Hochhäuser in Istanbul, Ankara und Izmir hochgezogen werden. Die Türkei hat noch keine Immobilienblase, denn die wachsende Bevölkerung und die anhaltende Migration vom Land in die Städte sorgen für einen enormen Bedarf an Wohnraum. Dennoch wurden viele der Luxus skyscraper an diesem Bedarf vorbeigebaut. Gerade diese Paläste sind in Dollars finanziert und könnten Baufirmen in die Pleite reißen, wenn der Dollar teurer wird.

Noch wichtiger aber sind die Energieimporte. Das Defizit im Außenhandel entsteht vor allem durch die Öl- und Gasimporte aus Russland, die durch den Boom ständig gestiegen sind. Sie müssen in Dollar bezahlt werden. Falls die Lira weiter fällt und keine neuen Dollars ins Land kommen, könnte die Türkei die Energieimporte kaum mehr tragen. Die Folge wären steigende Energiekosten für Heizung, Benzin und die industrielle Produktion. Damit käme die Abwärtsspirale erst recht in Gang.

Also wurden die Zinsen erhöht, damit sich Investments für ausländische Anleger wieder lohnen. Noch ist die Türkei nicht in einer echten Krise. Wenn der Währungsverfall nicht dauerhaft gestoppt wird und die politische Lage sich nicht stabilisiert, wird es aber nicht mehr lange dauern.



Die Aussicht auf den Boom am westlichen Stadtrand von Istanbul Foto: Nick Hannes/Reporters/laif

„Spekulanten stürzen Schwellenländer“

WELTWIRTSCHAFT Ökonom Heiner Flassbeck über die wirtschaftlichen Folgen der Spekulation, Finanzblasen und mögliche Krisen: „Die Schwellenländer sind höchstens der Auslöser“

taz: Herr Flassbeck, die Türkei hat ihre Leitzinsen verdoppelt. Eine gute Idee?

Heiner Flassbeck: Es ist Wahnsinn. Die Wachstumsraten in der Türkei sind schwach und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Wenn jetzt die Zinsen so stark steigen, bricht die türkische Wirtschaft ein.

Aber die internationalen Anleger sind euphorisch. Weltweit steigen die Aktienkurse.

Offenbar verstehen diese Spekulanten nicht, wie gefährlich die Lage ist. Die Türkei ist ja nicht der einzige Problemfall. Alle Schwellenländer stehen vor dem Problem, dass sie ihre Leitzinsen anheben müssen, damit sich das internationale Kapital nicht zurückzieht.

Wieso sind die Schwellenländer so abhängig vom ausländischen Kapital?

Dies ist ein Resultat des sogenannten Carry Trade. In Europa,

Japan und den USA sind die Zinsen bei fast null. Also nehmen Finanzspekulanten dort billige Kredite auf – und legen das Geld in Schwellenländern an, wo die Zinsen höher sind.

Warum ist es ein Problem, wenn ausländisches Geld in die Schwellenländer strömt? Man könnte doch denken: Endlich haben diese Länder Geld, um in ihre Wirtschaft zu investieren.

Leider ist es andersherum. Das ausländische Geld hat die Wirtschaft schleichend zerstört. Durch den Zustrom von außen wurden die türkische Lira oder der brasilianische Real stark aufgewertet. Die türkischen und brasilianischen Waren verteuerten sich auf dem Weltmarkt, so dass die Exporte einbrachen. Gleichzeitig wurden die Importe billiger. Es entstand ein großes Außenhandelsdefizit – und die Länder wurden immer stärker von ausländischen Krediten ab-

Heiner Flassbeck

■ war Chefökonom der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad). Er betreibt den Blog flassbeck-economics.de.



Foto: privat

hängig. Irgendwann macht das Defizit die ausländischen Spekulanten nervös. Sie ziehen ihr Geld ab und stürzen die Schwellenländer abrupt in eine Krise.

Mit dem erhöhten Leitzins will die Türkei die Kapitalflucht stoppen. Wird das klappen?

Kurzfristig vielleicht. Aber das Land braucht eine kontrollierte Abwertung. Wenn bei den hohen Zinsen die Spekulanten wieder einsteigen, ist die ganze Aktion sinnlos.

Wenn die Wirtschaft in den Schwellenländern einbricht – droht dann die nächste Finanzkrise?

Eine Finanzkrise ist jederzeit möglich, weil wir neue Blasen haben. Die Schwellenländer sind höchstens der Auslöser. Das eigentliche Problem ist, dass die Spekulation mit Währungen, Rohstoffen, Aktien oder Derivaten nicht eingeschränkt wurde.

INTERVIEW: ULRIKE HERRMANN

Wenn Anleger ihr Geld von Neu-Delhi nach New York schaffen

FINANZWIRTSCHAFT Seitdem die USA als Anlageplatz wieder attraktiv werden, ziehen Anleger Milliarden aus Brasilien, Indien und anderen Schwellenländern ab

BERLIN taz/rtr/dpa | Die Krise in den Schwellenländern brach erstmals im vergangenen Frühjahr aus. Damals kündigte US-Notenbankchef Ben Bernanke an, dass die Notenbank demnächst aufhören würde, jeden Monat amerikanische Papiere im Wert von 85 Milliarden Dollar aufzukaufen.

Die Anleger verstanden sofort, was diese Nachricht bedeutete: Die langfristigen Zinsen

würden in den USA wieder steigen. Die Finanzkrise ist dort weitgehend überwunden, daher ist es folgerichtig, dass die US-Notenbank aus ihrer lockeren Geldpolitik aussteigt. Wenn die Zinsen steigen, ist es wieder lukrativ, in den USA anzulegen.

Prompt kehrten sich die Geldströme nach Bernankes Ankündigung um – und das Kapital floss aus den Schwellenländern in die USA zurück. Aus Brasilien

sind 2013 etwa 12,3 Milliarden Dollar abgezogen worden.

Die Kapitalflucht aus Brasilien, Indien, der Türkei oder Südafrika wurde so bedrohlich, dass Bernanke seinen Kurs korrigieren musste. Anders als er angekündigt hatte, wurde die lockere Geldpolitik in den USA zunächst fortgesetzt. Erst im vergangenen Dezember gab es eine kleine Änderung: Seither kauft die Notenbank nur noch langfristige

Staatspapiere für 75 Milliarden Dollar im Monat auf.

Absehbar ist, dass die US-Bank ihre Aufkäufe weiter reduziert. Daher kommen die Schwellenländer nicht zur Ruhe. Seit Mai haben der südafrikanische Rand, die indonesische Rupiah und die türkische Lira mehr als 20 Prozent ihres Wertes eingebüßt, weil ausländische Anleger ihr Geld abzogen. Der argentinische Peso fiel gar um 40 Prozent. Die Krise

könnte auf weitere Länder überspringen. Als gefährdet gelten Polen, Russland und Mexiko.

Die Kapitalflucht ist für die Schwellenländer bedrohlich, weil sie Defizite im Außenhandel haben und auf ausländisches Geld angewiesen sind. Um die Rupie zu stabilisieren, hat die indische Zentralbank ihren Leitzins am Dienstag um 0,25 Punkte auf 8 Prozent angehoben. In Brasilien liegt der Leitzins bereits bei

10 Prozent. Diese Geldpolitik ist für die Schwellenländer riskant, weil steigende Zinsen die Kredite verteuern und so die Wirtschaft abwürgen.

Die Frage ist, ob die Krise in den Schwellenländern auf die gesamte Welt überspringt. Finanzminister Wolfgang Schäuble kann sogar einen Vorteil erkennen: Die Eurozone sei nicht mehr die Hauptsorge der Finanzmärkte.

UH